

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1933

143 (23.6.1933)

Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt

Amtsblatt für Stadt und Bezirk Ettlingen mit den neuesten Handels-Nachrichten

Verlag: Buch- und Stein-druckerei A. Barth-Ettlingen
Kronenstr. 20, Fernruf 78, Postfach 1181 Karlsruhe
Verantwortlich für den politischen Teil Erich Babe-Lakatt
für den lokalen und Inseraten-Teil A. Barth-Ettlingen
Druck: A. & S. Greiser, GmBH, Rastatt, Kaiserstr. 40/42
Anzeigenannahmefrist: 9 Uhr, dringende Anzeigen 10 Uhr

Bezugspreis durch die Post monatlich 1.60 RM; zusätzl. Post-
gebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat: 1.60 RM
Einzelnummer 10 Pfa. Im Falle höherer Gewalt hat der
Besteller keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter
oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur
bis 25. des Mts. auf den Monatsheften angenommen werden

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe 3 Reichspfennig. Sammel-
anzeigen 10 Reichspfennig. Reklameanzeigen 25 Reichspfennig
Bettlagen: Das Tausend 12 Reichsmark. Bei Wiederholung
Rabatt, der bei Nichterhaltung des Zieles bei gerichtlicher
Vetreibung und Konkursen wegfällt. Für Platzvorschrift und
Tag der Aufnahme kann keine Garantie übernommen werden

Nummer 143

Freitag, den 23. Juni 1933

Jahrgang 70

Endgültige Vernichtung der SPD

Verbot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und aller ihrer Nebenorganisationen

Berlin, 23. Juni. Der Reichsminister des Innern hat am gestrigen Donnerstag die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verboten. In einer Anweisung an die Landesregierungen hat der Reichsinnenminister ersucht, zu veranlassen, daß das Verbot durchgeführt wird.

Amlich wird dazu mitgeteilt: Vorgänge der letzten Zeit haben den unumstößlichen Beweis dafür geliefert, daß die deutsche Sozialdemokratie vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückschreckt. Führende Persönlichkeiten der SPD wie Weis, Breitheid, Stampfer, Vogel befinden sich seit Wochen in Prag, um von dort aus den Kampf gegen die nationale Regierung in Deutschland zu führen. Weis hat eine Erklärung veröffentlicht, daß sein Austritt aus dem Büro der Zweiten Internationale nur fingiert gewesen sei. Er hat an den Vorsitzenden der Arbeitergruppe auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf ein Telegramm gerichtet, in dem er in verleumderischer Weise die Arbeiterschaft der übrigen Länder gegen die nationale deutsche Regierung aufzuheben versucht. Die erweiterte Parteileitung der SPD hat sich auf der vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen Sitzung lediglich nach außen von diesen Leuten wie Weis, Breitheid u. m. distanziert, es aber bezeichnenderweise unterlassen, diese Personen wegen ihres landesverräterischen Verhaltens wirklich abzuschütteln und aus der Partei auszuschließen. Im Gegenteil ist in einer von der Polizei überwachten Geheimversammlung sozialdemokratischer Führer in Hamburg ebenfalls landesverräterisches Material gesunden worden. Dies alles zwingt zu dem Schluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine staats- und volksfeindliche Partei anzusehen, die keine andere Behandlung mehr beanspruchen kann, wie sie der kommunistischen Partei gegenüber angewandt worden ist. Der Reichsminister des Innern hat daher die Landesregierungen ersucht, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 die notwendigen Maßnahmen gegen die SPD zu treffen.

Inbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen anhängen, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden. Den Ausgeschlossenen werden selbstverständlich die Türen gesperrt. Der Sozialdemokratie kann auch nicht mehr die Möglichkeit gewährt werden, sich in irgend einer Form propagandistisch zu betätigen. Versammlungen der sozialdemokratischen Partei sowie ihrer Hilfs- und Erleichterungsorganisationen werden nicht mehr erlaubt werden. Ebenso dürfen sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr herausgegeben werden. Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Hilfs- u. Erleichterungsorganisationen wird, soweit es nicht bereits in Verbindung mit der Auflösung der freien Gewerkschaften sichergestellt worden ist, beschlagnahmt.

Mit dem landesverräterischen Charakter der sozialdemokratischen Partei ist die weitere Zugehörigkeit von Beamten, Angehörigen und Arbeitern, die aus öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Ruhegeld beziehen, zu dieser Partei selbstverständlich unvereinbar.

Berlin, 23. Juni. (Fernruf unserer Berliner Redaktion.) Das Verbot der SPD hat in politischen Kreisen nach den Vorgängen der letzten Tage nicht mehr überrascht. Es war klar, daß auf Grund der staatsfeindlichen Propaganda der roten Genossen im Auslande, von denen sich die noch im Inland verbliebenen „Führer“ nur zum Schein distanzieren, das Verbot kommen mußte. Die Regierung hat damit nur einer dringenden Notwendigkeit Rechnung getragen.

Den letzten Anlaß zu dem Verbot scheint die Tatsache gegeben zu haben, daß es die SPD verstanden hat, ihre Heher und Wähler selbst in die hinter der Regierung stehenden Verbände zu entsenden, um so die nationale Front von innen heraus zu unterhöhlen. Daß der Marxismus derartige Ziele im Auge hatte, ist durch das bei der Auflösung der deutsch-nationalen Kampfringe gefundene Material voll erwiesen worden. Außerdem zeigt der in Kopenhagen begangene Mord, dem vier Menschenleben zum Opfer gefallen sind, daß es brennend notwendig geworden war, die roten Mordnestler auszubeugen.

Praktisch besteht die SPD, ja bereits seit langer Zeit nicht mehr. Nach der Durchführung der nationalen Revolution, der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Beschlagnahme des SPD-Vermögens hat der Zerfall der Partei riesige Fortschritte gemacht. Zum allergrößten Teil haben sich die SPD-Organisationen schon seit langem aufgelöst; nach und nach ist ein Abgeordneter nach dem anderen lahmschlächtig geworden, eines teils, weil ihm das Herz in die Hosen gefallen war, andernteils, weil ihm die Erkenntnis dämmerte, daß jede weitere Arbeit für die SPD unnützes Vergnügen ist. Das letzte Verbot trifft also im Grunde genommen nur noch eine kleine Führer-Elite, die noch nicht erkannt hat, daß sie praktisch in der Luft schwebt und jede Existenzberechtigung längst verloren hat.

Trotzdem wird natürlich das Verbot im ganzen Reich mit großer Gründlichkeit durchgeführt werden und restlos alles vernichtet, was noch an die SPD erinnert. Damit werden die letzten Spuren einer Partei ausgelilgt.

die das deutsche Volk 14 Jahre lang in Elend und Not geführt hat und die verantwortlich für den unglückseligen 9. November 1918 ist. Der Reichskanzler hat bei seinem Regierungsantritt angeündigt, daß er die SPD restlos ausmerzen werde; er hat sein Wort eingelöst.

Nach der Durchführung dieser Aktion dürften weitere Säuberungsaktionen folgen. Jetzt ist das Zentrum an der Reihe!

Unter Verdacht des Verrats an Schlageter verhaftet

Lüdingen, 23. Juni. Gestern abend wurde in der Lüdingen Galsklinik ein gewisser Eugen Schneider aus Neutlingen verhaftet. Von Berlin aus war die Nachricht eingetroffen, daß alles darauf schließen lasse, Schneider sei der Verräter Schlageters, weshalb er sofort in Haft zu nehmen sei. Schneider wurde seinerzeit zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, die er in den Jahren 1925/26 verbüßte. Nachher ist er wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die letzten zwei Jahre war er in Serbien u. lehrte dann wieder zu seinen Eltern nach Neutlingen zurück. Am 15. Mai wurde er in die Universitätsklinik aufgenommen. Die Untersuchung wegen des Verrats an Schlageter war schon seit längerer Zeit im Gange. Daß Schneider, der 29 Jahre alt ist, in die Schlageterfrage verwickelt ist, war bekannt. Dennoch bestritt er immer wieder, den vor zehn Jahren von den Franzosen erschossenen Schlageter verraten zu haben.

NS-Führer in die christl. Gewerkschaften

Drei Verordnungen Dr. Ley

Berlin, 23. Juni. Im Anschluß an seine Ausführungen an die Arbeiterschaft veröffentlicht Dr. Ley jetzt drei Verfügungen, in denen es u. a. heißt:

1. Es ist der Wille des Führers, daß außer der deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr, weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer existieren.

Ausgenommen sind der Ständische Aufbau und Organisationen, die einzig der Ausbildung im Beruf dienen.

Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine sind als Staatsfeinde zu betrachten.

weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen. Deshalb gilt ihnen unser Kampf und es ist höchste Zeit, daß sie verschwinden.

2. Um den Aufbau von sogenannten wilden Reichsständen, die in Verkennung des ständischen Aufbaues gebildet werden und die dadurch den Gedanken des Ständischen Aufbaues mehr schaden als nützen, wird hierdurch folgendes verfügt: Allein zuständig für den ständischen Aufbau ist die NSDAP, das ständische Amt in der obersten Leitung der politischen Organisation, für die Durchführung Dr. h. c. Wagener. Nur die von ihm genannten Dienststellen sind verantwortlich und zuständig.

In wenigen Worten

Die 58. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages wählte Dr. von Renteln einstimmig zum Präsidenten.

Das in Cottbus vom Stahlhelm unterhaltene Arbeitslager wurde gestern morgen von der Polizei in Verbindung mit der NSDAP geschlossen.

Die Laufen-Verteidiger haben die Einstellung des Verfahrens beantragt, da die Anklagehandlungen aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe begangen worden seien. Der Bankier Jakob Goldschmidt, der Kronzeuge im Laufen-Prozess, hat inzwischen die Schweiz aufgesucht.

Der Stadtrat München beschloß auf Antrag der nationalsozialistischen Fraktion, die Gräber Kurt Eisners im Münchener Ostfriedhof und Gustav Landauers im Waldfriedhof sofort zu beseitigen. Die Gräber werden als erloschen erklärt und die Denkmäler abgetragen. Die Asche der beiden Toten wird der jüdischen Kultusgemeinde zur Verfügung gestellt.

Nach einer Schätzung der Arbeiterföderation ist die Arbeitslosenziffer in den Vereinigten Staaten seit Ende März um 1 629 000 gesunken.

Nach einer Mitteilung der chinesischen Regierung aus Kanton wurden dort am Mittwoch elf chinesische Kommunisten handrechtlich erschossen, weil sie versucht hatten, Waffen zu stehlen.

Der Nationalsozialismus handelt kraft seiner Stärke großmütig, jedoch wird dieses Handeln hier und dort von seinen kleinen Gegnern als Schwäche ausgelegt. So glaubte der Nationalsozialismus, auch den christlichen Gewerkschaften und anderen bürgerlichen Gruppen gegenüber großmütig sein zu können. Diese Tat wurde mit Unkenntnis und Unloyalität beantwortet. Hierzu kommt, daß sich in den vorliegenden Verbänden bezüglich Klassen- und Wirtschaftsangelegenheiten große Korruption herausgestellt hat. Aus dieser Erkenntnis heraus verfüge ich folgendes:

Alle Dienststellen der christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände sind mit Nationalsozialisten zu besetzen. Die Mitglieder des großen Arbeitskonvents der deutschen Arbeitsfront: Bernhard Otte, Friedrich Vatter, Dr. Theodor Brauer, Frank Behrend, sowie die bisherigen Führer der christlichen Gewerkschaften (Deutscherwald, Jumbusch u. a.) werden von mir aus der Deutschen Arbeitsfront ausgeschlossen. Sie dürfen selbstverständlich kein Amt führen und es ist somit allen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront verboten, irgendwelche Verhandlungen mit diesen Leuten zu führen.

Hierdurch soll dokumentiert werden, daß jeder, der es wagt, den Aufbau unserer Nation anzutasten, für alle Zeit geächtet wird. gez. Dr. Robert Ley.

Kommt Roosevelt nach London?

Amerika gegen jede Stabilisierung — Gedrückte Stimmung in London

London, 23. Juni. Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ gibt ein Gerücht wieder, wonach Roosevelt möglicherweise nach London kommen werde, um an der Weltwirtschaftskonferenz persönlich teilzunehmen. In amerikanischen Behördenkreisen werde gesagt, daß Roosevelt aufgrund seiner Überzeugung, daß die Wiederherholung der Vereinigten Staaten zum großen Teil vom internationalen Handel abhängig sei, bereit wäre, eine Reise nach London zu unternehmen. Auch eine gewisse Entmutigung durch neue Rabelmelbungen aus London spiele dabei eine Rolle. Der Kreuzer „Indianapolis“ sei bereit, jederzeit nach Osten abzudampfen.

London, 22. Juni. Die Sensation auf der Weltwirtschaftskonferenz war gestern eine Erklärung der amerikanischen Abordnung, daß nach Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten die Vorschläge für eine zeitweilige de facto-Währungsstabilisierung verfrüht seien. Den Erörterungen über diesen Plan habe man eine zu große Bedeutung beigelegt. Amerika begründe diese Auffassung damit, daß keine Anstrengungen zur Hebung der Preise der wichtigsten Veträge seien, den es machen könne. Ein heftiger Preisrückschlag würde der Konferenz mehr Schaden zufügen als das Nicht-

zustandekommen eines sofortigen Abkommens über eine zeitweilige Stabilisierung.

Diese amerikanische Erklärung wirkte niederstimmernd. Macdonald, der von den amerikanischen Absichten schon vorher Kenntnis erhalten hatte, hatte schnelligt das Büro der Konferenz zu einer Sitzung einberufen, in der über die neu entstandene Lage beraten wurde. Er hatte außerdem eine Reihe von Einzelbesprechungen,

darunter mit dem amerikanischen Staatssekretär Cox und dem französischen Finanzminister Bonnet, der nach Veröffentlichung der Erklärung geheimnisvoll sagte: „Sehr gut“. Die Amerikaner rechnen es sich zum Verdienst an, eine klare Lage geschaffen zu haben. (1) Die Engländer betrachten die Lage als sehr ernst und geben zu verstehen, daß die Verhandlungen im Währungsansatz keine Fortschritte machen können, ehe nicht der amerikanische Unterstaatssekretär Moley in London eintrifft. In französischen Kreisen hört man bereits das Wort:

„Dies gibt der Konferenz den Todesstoß.“ Deutscherseits wird es natürlich bedauert, daß die Ansichten auf eine baldige Währungsstabilisierung geschnitten sind. Man habe sie als die unbedingt notwendige Voraussetzung für die Regelung aller anderen Fragen einschließlich der

wirtschaftlichen angesehen. Sollten die Amerikaner, wie es ziemlich sicher zu sein scheint, auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren, so könnten die Aussichten der Konferenz nur recht trübe werden, weil den Verhandlungen die praktische Grundlage fehlt, ohne die keine greifbaren Ergebnisse erzielt werden können.

Amerikanische Vierpunkteentschließung zur Zollfrage

Die Amerikaner brachten im Wirtschaftsausschuss eine Vierpunkte-Entschließung zur Zollfrage ein, die wegen der darin enthaltenen Unterstützung des russischen Standpunktes und wegen ihres Widerspruches gegen frühere amerikanische Auffassungen in den Konferenzkreisen lebhaft besprochen wird. In der Vierpunkteentschließung heißt es:

1. Es verstoßt gegen die allgemeinen Interessen einer Politik, extremen wirtschaftlichen Nationalismus einzuschlagen oder fortzusetzen sowie Handelsbeschränkungen oder Diskriminierungen aufzuheben.
2. Vollständige Beseitigung aller Einfuhrverbote, aller Einfuhrkontingentierungsmaßnahmen und verschiedener anderer Beschränkungen.
3. Herabsetzung der Zollschränken auf dem Wege über bilaterale oder multilaterale Abkommen bis zu einem Grade, wo die freie und normale Bewegung des Handels sichergestellt ist.
4. Bei bilateralen oder multilateralen Abkommen soll dafür gesorgt werden, daß sie keine weiteren diskriminierenden Bestimmungen enthalten, die zwar vielleicht dem Vertragsgegner Vorteile, dem Weltmarkt als Ganzes aber Nachteile bringen würden.

gestimmt, die das Abkommen über die für sozialpolitischen Beziehungen zum Saargebiet den neuen sozialpolitischen Regelungen für das Reichsgebiet anerkennen. — Zustimmung fanden weiter Aenderungsverordnungen zum Lebensmittelgesetz, wonach im Einvernehmen mit dem Reichsgesundheitsrat für Obstzergewinnung, Kakao und Kakaozergewinnung sowie für Speiseeis gewisse Bearbeitsbestimmungen und Vorschriften mit Wirkung vom 1. Oktober geändert werden. Der Reichsrat erteilte dann seine nachträgliche Zustimmung zu einer vom Reichsfinanzminister getroffenen Reklama, die im Interesse einer besseren Verwertung der Kartoffeln den landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien über das letzte letzte Jahresrecht hinaus in einzelnen Fällen eine vermehrte Branntweinerzeugung ermöglicht. — Genehmigt wurde weiter eine Verordnung, wonach landwirtschaftliche Klein- und Abfindungsabrennereien im Betriebsjahr 1933/34 ohne Verlust der Staatschaft ihrer Brennereiklasse auch solche inländischen Kirschen verarbeiten dürfen, die sie nicht selbst gewonnen haben. — Schließlich genehmigt der Reichsrat eine Erweiterung des im Veredelungsverkehr mit Eisenzug auf trockenem Eisenzug sowie Sakunassänderungen des Verbandes der landlichen Genossenschaften der Provinz Westfalen. — Nächste Reichsratsitzung voraussichtlich erst in 14 Tagen.

Schließung der handwerklichen Betriebe in Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften usw.

Berlin, 23. Juni. Der Leiter des wirtschaftspolitischen Amtes der NSDAP, Reichskommissar Dr. h. c. Waacner, hat bekanntlich vor kurzem an das Präsidium des Reichsverbandes für Mittel- und Großbetriebe ein Schreiben gerichtet, in dem er die Schließung aller Handwerksbetriebe verlangt. Um alle Zweige des Einzelhandels zu befreien, hat jetzt der Präsident des Einzelhandels, Spicker, ein Rundschreiben veröffentlicht. Dr. Spicker teilt mit, daß er vom Reichskommissar ermächtigt ist, zu erklären, daß der Fortschritt des Reichskommissars bezüglich der Schließung der handwerklichen Betriebe auf Warenhäuser, Einheitspreis-, Kleinpreis- und Erlöspreisgeschäfte und andere durch die besondere Art der Preisstellung gekennzeichnete Geschäfte anzuwenden ist und zwar unabhängig davon, ob Unternehmungen der genannten Art zurzeit schon dem Reichsverband angeschlossen sind oder nicht.

Weitere Heße in Lettland

Riga, 23. Juni. Im lettischen Parlament richteten marxistische und jüdische Abgeordnete erneut heftige Angriffe gegen das neue Deutschland sowie gegen die angeblich allzu große Nachgiebigkeit der lettischen Regierung gegenüber dem Nationalsozialismus. Als Beispiel hierfür führen das Verbot des in Riga geplanten Vortrags des deutschen Nationalführers Karlebach A. r. angedeutete Forderungen in Deutschland an. Sie erklärten, ohne Rücksichtnahme auf die Haltung der Regierung, den Boykott deutscher Waren unvermindert fortzusetzen.

Rampfansage an Dollfuß

München, 23. Juni. Die Landesorganisation der NSDAP (Hitler-Bewegung) Österreichs veröffentlicht einen Aufruf an die Nationalsozialisten Österreichs, in dem es u. a. heißt: Die Partei ist verboten, jede Betätigung für sie oder in ihrem Sinn unter drakonischen Strafen gestellt. Ich enthebe daher formell und öffentlich alle Führer und Amtswalter der NSDAP (Hitler-Bewegung) Österreichs ihrer Ämter und entbinde alle Parteimitglieder ihrer übrigen Verpflichtungen im Sinne der Vereinsfassung. Die Bewegung aber lebt und war nie so stark wie in dieser Stunde. Der Kampf, der nun beginnt, wird sich auf jener Ebene bewegen, auf die die Regierung Dollfuß selber ihn verwiesen hat, und wird sich jener Formen und Mittel bedienen, die zur Erreichung des Zieles notwendig sind und geeignet erscheinen. Das Ziel aber ist der Sturz der Regierung Dollfuß und die Befreiung Österreichs aus den Händen des ehrverräterischen und völkerverräterischen Klüngels, der gegenwärtig im Dienste der Feinde des deutschen Volkes seine Gewalttätigkeit ausübt. Eine Regierung, die selber unausgesetzt die Verfassung bricht und nur dadurch sich überhaupt noch am Leben erhält, hat das Recht verwirkt, ihre Gegner zur Achtung der Verfassung anzuhalten. Die Organisation des Kampfes in seiner neuen Form ist in vollem Gange. In den nächsten Tagen werden die Vorbereitungen beendet sein und die nötigen Bekanntmachungen erfolgen. Hinter uns stehen tausend Jahre deutscher Geschichte, deren

lechten Sinn wir erfüllen sollen. Mit uns geht — einzig im Ziel — das ganze deutsche Volk. Vor uns stehen die Glieder eines korrupten Systems, hinter dem als letztem Bollwerk sich alle jene Mächte verbergen, die seit jeher das Unglück Deutschlands waren. Der Ausgang dieses Kampfes, wie lange er auch dauern möge, ist unzweifelhaft: der Sieg wird unser sein. Es lebe Adolf Hitler, es lebe Großdeutschland!

Der Landesleiter der NSDAP (Hitler-Bewegung) Österreichs, gez. Profisch.

Pläne für österreich-ungarische Monarchie

In Paris scheinen ernsthafte Verhandlungen über die Bildung einer österreichisch-ungarischen Monarchie voranzukommen zu gehen. Wenigstens spricht ein Bericht des „Paris Mid“ davon, der u. a. auch zu wissen glaubt, daß Mussolini und gewisse Kreise in London diesem Plan sympathisch gegenüberstünden. Diese Meinung des „Paris Mid“ wird allerdings sofort vom französischen Außenamt dementiert, jedoch ist die Gile mit der dieses Dementi erfolgt, sehr verächtlich. Es steht fernerbarerweise fest, daß der türkische Außenminister Benesch gestern nach Paris abgereist ist. Ferner gibt es zu denken, daß Paul-Boncour den italienischen Gesandten und gestern auch den tschechischen Gesandten empfangen hat.

Ausbau des Fettplans

Berlin, 23. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Die praktischen Erfolge des Fettplanes ermöglichen einen Ausbau in verschiedener Richtung.

Zunächst wird der Anteil von neutralem Schweinefett bei der Margarinerstellung steuerfrei gestellt. Gleichzeitig erfolgt bei Verwendung von neutralem Schweinefett inländischer Herkunft eine entsprechende Erweiterung des Kontingents für die betreffenden Margarinfabriken. Die Regierung hofft, durch diese Maßnahme einmal die Verwendung heimischer Fette ganz allgemein zu fördern und insbesondere den bisher schwer verwertbaren Fettsäuren des Schweines einen besseren Absatz zu verschaffen.

Im übrigen ist dem Umstande, daß eine gewisse Verknappung der billigen Margarinelorten eingetreten war, bei der Fortführung des Fettprogramms dadurch Rechnung getragen worden, daß für die Zukunft den Margarinfabriken eine härtere Herstellung der billigen Sorten zur Pflicht gemacht wird. Der Anteil der billigen Sorten an der Produktion der einzelnen Fabriken wird genau vorgeschrieben und beläuft sich insgesamt auf 60—70 v. H. Es wird dadurch ein erhebliches Angebot an Konsummargarine geschaffen, deren Preis frei Vertriebsstätte des Einzelhändlers ohne Steuer nicht mehr als 32 Pfsg. je Pfund betragen darf. Diese Margarine muß außerdem vom 15. Juli ab als „Konsumware“ gekennzeichnet werden.

Gleichzeitig ist eine Erweiterung des Kreises der Bezahler von Fettverbilligungsscheinen in Aussicht genommen. Insbesondere sollen u. a. kinderreiche Familien und Kurzarbeiter in die Fettverbilligung einbezogen werden. Im übrigen ist die Neufestsetzung des Margarinkontingents für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 30. September 1933 nach

ungefähr den gleichen Grundsätzen wie für das vergangene Vierteljahr erfolgt. Aus sozialen Gründen werden die kleinen Fabriken wieder ein 100prozentiges Kontingent erhalten.

Es ist weiter genügend Vorsorge getroffen, daß die vorübergehend und nur an einzelnen Stellen aufgetretenen Schwierigkeiten in der Margarineversorgung sich nicht wiederholen werden. Allerdings muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß eine Verlagerung des Konsums von der Margarine auf Butter und andere einheimische Fette keine Störung, sondern ein von der Reichsregierung gewollter durchaus gesunder volkswirtschaftlicher Vorgang ist.

Beschlüsse des Reichsrats

Berlin, 23. Juni. In der Vollziehung des Reichsrates am Donnerstag nachmittag beauftragte Dr. Frid als Vorsitzender die neu ernannten Bevollmächtigten. Der Reichsrat stimmte dann u. a. Aenderungen im Verzeichnis der Untersuchungsstellen für das ins Inland gehende Fleisch zu. Die Untersuchung in Hamburg wird aufgehoben. — Dem Verband der Schnelberinnungen in Württemberg wurde die nachgesuchte Rechtmäßigkeit verlesen. — Der Reichsrat genehmigte weiter die neuen Vorschläge für die Vertretung der öffentlichen Körperlichkeiten im Verwaltungsrat der Reichsanhalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost. Im Reichspostverwaltungsrat sollen darnach wie bisher drei Sitze auf Preußen und je einer auf Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hamburg und Braunschweig entfallen. — Weiter wurde einer Verordnung au-



Prof. Leo Frobenius, der weltberühmte Afrikaforscher und Ethnologe, wird am 29. Juni 60 Jahre alt.

Schloß Siebenbrunn

Originalroman von Josef Anders

3) Michael Hoover streckte die Füße weit von sich, zog ein paar mal genießerisch an seiner mächtigen Zigarre und sah mit schiefem Kopf aus dem Fenster; der Himmel hatte sich zur Abwechslung wieder bewölkt. Ueber den Bergen trieb ein eiliger Wind die Wolken wie eine Herde schwarzer Schafe vor sich her.

„Darf ich Sie fragen, was Sie zu mir führt?“ meinte Günther lächelnd, denn er mußte immer noch nicht, was sein Besucher, der ihm recht gut gefiel, wollte.

„Natürlich dürfen Sie das.“ Der stattliche Mann nahm sein Notizbuch vor, in dem er sich eine ganze Reihe Fragen notiert zu haben schien. „Ich nehme an, daß es Ihnen recht ist, wenn ich zuvor einige Auskünfte verlange — ich bin Geschäftsmann, wissen Sie; Geschäftsmann seit meinem vierten Lebensjahr. Waschen Sie nicht! Mit vier Jahren habe ich meinen ersten Coup gemacht.“ Ein dröhnendes Gelächter schlug durch das Zimmer. „Aber wir kommen vom Thema ab. Sie sind Baron Günther von Uraach?“

„Ja“, antwortete Günther, ohne ihm über seine unbekümmerte Art böse zu sein. Er war Kaufinteressent, das war ihm klar.

„Das Schloß mit den dazugehörigen Ländereien und Gütern gehört Ihnen?“

„Ja.“

„Seit wann sitzen Sie hier? Ich nehme an, daß Sie mich verstehen: Als Barone hier auf Ihrem Schloß?“

„Die genaue Jahrzahl kann ich Ihnen leider nicht sagen, da bei einem Brand vor etwa zweihundert Jahren die wertvollen Familienbücher vernichtet wurden. Die erste Nachricht von der Anwesenheit eines Uraach auf Sie-

benbrunn stammt urkundlich aus dem Jahre 1688; doch dürften der Ueberlieferung nach schon viele Jahre früher Angehörige unseres Geschlechts hier sesshaft gewesen sein.“

„1688 — das genügt vollkommen. Haben Sie sonst noch Verwandte, die Ihren Namen führen?“

„Nein. Ich bin der letzte.“

„Oder andere Angehörige, die eventuell ein Recht auf das Schloß haben könnten?“

„Keineswegs. Die einzige Blutsverwandte überhaupt, die ich bestimme, ist meine Tante Anne, die Schwester meines verstorbenen Vaters; sie hat einen Diplomaten geheiratet, der aber längst schon tot ist.“

„Adelig?“

„Ja.“

„Nach einiges wenige. Ihr Alter?“

„Sechszwanzig.“

„Ihr Vater ist tot. — War er lange krank?“

„Nein.“ — Günther von Uraach sah an seinem Besucher vorbei nach dem großen Bild seiner Mutter, das im Schatten der Zimmertürde erst und fast geheimnisvoll zu ihm niedersah. „Mein Vater ist auf der Jagd verunglückt; erst vor wenigen Tagen, Herr Hoover.“

„Vor vierzehn Tagen, ich weiß das. Ich wollte das nur noch aus Ihrem Munde hören. — Ihre Frau Mama war eine Bürgerliche, nicht? — Verzeihen Sie mir diese Fragen; aber ich bin am Ende unserer Unterhaltung gerne bereit, Ihnen über ihre Gründe Auskunft zu geben.“

Michael Hoover steckte sein Notizbuch ein und trommelte angeregt mit der Rechten auf der Schreibtischplatte.

„Ich komme nun zum eigentlichen Grund meines Hierseins, Herr Baron. Ich habe im Berliner Tageblatt gelesen, daß Schloß Siebenbrunn veräußert ist.“

Der junge Mann zwang sich, ruhig zu bleiben. „Es ist so, Herr Hoover. Ich habe die Anzeige eintücken lassen.“

„Schön. Unsere Wünsche begegnen sich also: Sie wollen ein Schloß verkaufen und ich wünsche ein solches zu erwerben. Ich würde mich freuen, wenn das Geschäft perfekt werden würde.“

„Ich denke, daß wir uns einigen werden“, lächelte Günther. „Aber ich würde mich freuen, wenn Sie mir die Ehre eines kurzen Imbisses erweisen würden — und da Sie aus dem trockenen Amerika kommen, so dürfte Ihnen auch ein guter Trunk nicht unwillkommen sein.“

„Sie sind sehr liebenswürdig; ich bedauere aber, ablehnen zu müssen.“ Der Gast rieb sich die Hände und sah sich schäkend im Zimmer umher, als würde er sich im Kopf bereits die Kaufsumme zurechtlegen. „Ich habe die Gewohnheit, erst nach dem Geschäft zu feiern; und essen und trinken ist bei mir eine kleine Feierlichkeit, im Gegensatz zu meinen übrigen Landsleuten. Ich mache Ihnen, um möglichst rasch ins Reine zu kommen, einen Vorschlag — ich nenne Ihnen den Preis, den ich bezahlen möchte, und überhebe Sie damit der Unannehmlichkeit, eine Forderung nennen zu müssen.“

„Ich bin allerdings überrascht —“

„Selbstverständlich sind Sie das. Ich gebe zu, daß das auch sonst nicht die Art ist, einen Kauf abzuschließen. Aber hier ist ein Sonderfall — ich möchte ehrlich zu Ihnen sein und nicht verschweigen, daß ich ein großes Interesse daran habe, gerade Siebenbrunn zu erwerben. Warum, davon später; Ihnen gegenüber soll das nur ein Beweis dafür sein, daß ich keinen Grund habe, Sie vielleicht zu überverteln. — Ich nehme an, daß Sie mich nun verstehen?“

Günther von Uraach vermachte Mr. Hoover, der so selbstverständlich mit ihm umsprang, nicht böse zu sein.

„Allerdings“, sagte er lächelnd, „ich bin dabei!“

„Ich betrachte Sie also als mit meinem Vorschlag einverstanden und biete Ihnen für Schloß Siebenbrunn — und nur für das Schloß, verstehen Sie mich recht, denn an den Liegenschaften landwirtschaftlicher Natur habe ich kein Interesse — biete Ihnen also die runde Summe von acht-hunderttausend Mark, wobei zu erwägen ist, daß der Betrag in acht Tagen abgehoben werden kann. — Ich lasse Ihnen nun ein paar Minuten Zeit; es würde mir leid tun, wenn Sie Nein sagen würden.“

(Fortsetzung folgt.)



Die Aktion gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln. Die Besetzung des Zentralbüros der deutschnationalen Kampfstaffeln in Berlin. In Preußen wurden von der Schutzpolizei, Hilfspolizei und Kriminalpolizei sämtliche Büros der deutschnationalen Kampfstaffeln besetzt und durchsucht, wobei zahlreiche Druckschriften beschlagnahmt wurden.



Stürmische Begräbnis Dr. Leys bei der Rückkehr aus Genf. Dr. Ley verläßt unter Heilrufen der NSD-Mitglieder den Anhalter Bahnhof. Infolge der fortgesetzten Brüstigungen hatte sich die deutsche Delegation auf der Genfer Arbeitskonferenz genötigt gesehen, die Genfer Sitzung demonstrativ zu verlassen.

Schneefall in den Alpen

Schweres Unwetter sucht die Reichshauptstadt heim

Altdorf, 23. Juni. Im Kanton Uri hat ein furchtbares Unwetter verbunden mit Schneefall an den Bahnen und Kulturen schweren Schaden angerichtet. Im Dorfe Flüelen ist die Gotthardstrasse an drei Stellen durch große Schlamm- und Schuttmassen bis zwei Meter hoch überdeckt und unterbrochen. Frauen und Kinder flüchteten in der Morgenfrühe durch die Fenster aus den Häusern. An verschiedenen Orten mußten Bergheime wegen schwerer Gefahr durch Rutschungen und Steinschlag in der Nacht auf Donnerstag fluchtartig verlassen werden. In Altdorf und Erstfeld stehen große Waldgebiete, Gärten und Wiesen hoch unter Wasser. In Schatdorf ist der Gangbach mit mächtiger Gewalt aus seinem Bett getreten und bedroht einen ganzen Dorfteil. Die Feuerwehr ist in allen Gemeinden aufgeboten worden, um an den gefährdeten Stellen einzugreifen. Zwischen Erstfeld und Gurnellen ist die Gotthardstrasse an zehn Stellen unterbrochen. Es schneit bis nach Wassen hinunter. Die Alpenposten über die Claujen, Gotthard, Furka und Grimsel haben den Verkehr wegen des hohen Schnees gestern eingestellt.

Kurz nach 13 Uhr zogen dann vom Süden her tiefdunkle Gewitterwolken auf, die sich direkt über der Stadt entluden. Gewaltige Regenmassen — bis 23 Uhr betrug die Regenmenge schätzungsweise 20—25 Millimeter — führten an vielen Stellen zu Ueberschwemmungen. Eine große Zahl von Reisenden hielt voll Wasser. Fortgesetzt trafen Alarmrufe bei der Feuerwehr ein. Zeitweise waren fast sämtliche verfügbaren Jüge unterwegs, um Ueberschwemmungsschäden zu beseitigen. Dazu kamen vielfach Blitzschläge. Es handelt sich jedoch bis auf einen Fall lediglich um kalte Schläge. Nur in Spandau zündete ein Blitz in der Garnisonkirche. Der Brand konnte jedoch schnell genug gelöscht werden. Der Straßenverkehr war stark behindert. An den Eisenbahnunterführungen in der Dorfstrasse bildete sich wie schon oft bei schweren Unwettern ein großer See, in dem Kraftwagen und Fuhrwerke stecken blieben. Zahllose Fußgänger waren gezwungen, oft hundertlang in Hausfluren usw. untätig zu verharren, da ein Durchkommen fast unmöglich war. Besonders heftig tobte das Unwetter wieder in den westlichen Vororten. Im Zeitraum von einer halben Stunde wurde die Feuerwehr zur Zeit des stärksten Wolkenbruchs gegen 22.30 Uhr allein 200 mal alarmiert. Infolge der heftigen Regengüsse fiel auch die Sonnenfeier im Grunewaldstadion, bei der Dr. Göttsche eine programmatische Rede halten sollte, aus, und wurde auf Freitag, den 30. Juni verschoben.

Berlin, 23. Juni. Die Reichshauptstadt wurde am Donnerstag von heftigen Gewittern und Wolkenbrüchen heimgesucht, die bis in die späten Nachmittagsstunden anhielten. Dem Unwetter ging am Vormittag eine fast unerträgliche Schwüle voraus.

Aufbau der Reichsjugendorganisation

Reichsjugendführer von Schirach über die Ziele seiner Arbeit

Berlin, 23. Juni. Reichsjugendführer Baldur v. Schirach, der bekanntlich mit der Leitung und dem Aufbau der gesamten deutschen Jugendorganisation beauftragt worden ist, empfing einen Mitarbeiter des „Völkischen Beobachters“ zu einer Unterredung, in der er sich über Aufbau, Ziel und Gliederung der neuen Organisation eingehend äußerte. Er führte aus: Die Organisation der deutschen Jugend ist so gedacht, daß der Reichsjugendführer für die einzelnen Landesteile Länderbeauftragte einsetzt, die von sich aus wiederum Ortsbeauftragte ernennen. Diese Beauftragten werden von den jeweiligen Führern der Hitlerjugend in den betreffenden Ländern und Orten gestellt werden. Die Organisation der gesamten deutschen Jugend wird in der Weise vorgenommen werden, daß ein Führerring der deutschen Jugend gebildet wird, in dem die obersten Führer Sitz und Stimme haben werden. In diesem Führerrat werden folgende Gruppen zusammengestellt:

1. die katholische Gruppe,
2. die evangelische Gruppe,
3. die ständische Gruppe,
4. die bündische Gruppe,
5. die Wehrverbandsgruppe.

An der Spitze jeder dieser Gruppen steht ein Beauftragter des Reichsjugendführers. Soweit die Personenfrage bisher gelöst ist, können folgende Namen genannt werden: An der Spitze der katholischen Jugend wird Präses Monsignore Wolfer stehen. Die evangelische Gruppe wird durch Hc. D. Stange geführt, die berufständische Gruppe von Pa. Heinz Otto, dem Leiter der Jugendbetriebszellen. An der Spitze der bündischen Gruppe steht Dr. Dahnhardt. Weitere Entschlüsse in der Führerfrage sind bisher nicht getroffen.

Der Jugendführerrat hat die Aufgabe, die Jugendarbeit in Deutschland zu vereinheitlichen. An Stelle der verschiedenen Verbände, Vereine, Bünde, Gruppen und Gruppen soll eine große Organisation unter einheitlicher Leitung treten.

Das Ziel jeder Jugendarbeit unter nationalsozialistischer Führung ist die Erziehung der Jugend für den Staat. Man konnte ein solches Ziel nicht aufstellen in einer Zeit, wo der Staat eine Maschine, ein System bedeutete. Heute ist der Staat eine organisierte Macht u. das soll auch in der Jugendorganisation zum Ausdruck kommen. Das ist das Ziel. Die sozialistische und antikapitalistische Haltung und Bestimmung ist das hervorragendste Merkmal des jungen nationalen Deutschlands.

Nationale Erhebung und Flandern

Der in Antwerpen erscheinenden flämischen Zeitung „Internacio“ entnehmen wir folgende beachtenswerte Ausführungen:

„Sie (die Franzosen) denken ganz richtig, daß ein national erwachtes Deutschland einen steigenden Gewinn für Flandern darstellt. Die 4,5 Millionen Flamen sind nur ein schwacher Vorposten des Germanentums. Ohne Bundesgenossen von Rassebrüdern könnten sie ihre Stellung nicht halten. Solange Flandern seine Eigenart bewahrt wird das Rheingebiet nicht dem Franzosentum zufallen. So verstehen es die international weitblickenden Flamen, daß gegenwärtig ein Wiederaufbau Flanderns nur möglich ist mit deutscher Hilfe. Flandern ist demnach auf Deutschland angewiesen, wie das Deutsche Reich nie auf seine flämischen Bundesgenossen verzichten darf, wenn es nicht die französischen Annexionisten im Rheinland haben will. Diefem Gedanken freuen sich die Nationalisten in Flandern, daß der Sieg Hitlers ein Erwachen Deutschlands bedeutet und die Sicherheit bietet, daß das ankämpfende Lateinentum kein machiloses Flandern und enträutertes Deutschland antrifft. Möge Deutschland Rechnung halten und darnach handeln, daß die Vorposten des Germanentums die einzige Sicherheit für die Zukunft bilden, dann wird das mühsam kämpfende Flandern mitrufen: Heil! Erwachendes Deutschland.“

Falsche Möbeltransportarbeiter räumen eine ganze Wohnung aus

Berlin, 23. Juni. Eine traurige Ueberraschung erlebte dieser Tage eine Witwe, als sie von ihrer Reise zurückkehrte. Als sie ihre Wohnung betrat, stellte sie fest, daß alle Möbel und das gesamte Hausgerät, das bereits für einen später vorzunehmenden Umzug zusammengepackt war, verschwunden waren. Die bisherigen Nachforschungen ergaben, daß am Pfingstamstag früh ein Plattenwagen vor dem Hause der Witwe vorgefahren war und drei mit blauen Blusen bekleidete „Möbeltransportarbeiter“ alle Möbel aus der Wohnung geholt und fortgefahren hatten. Zeugen haben beobachtet, daß der Wagen ein Schild führte, auf dem „Gerichtsstraße“ stand.

Danzigs neu gewählte Regierung.

Von links nach rechts: Bohnsfeldt NSDAP. (Soziales), Voel NSDAP. (Kultus), Guth NSDAP. (Betriebe), Dr. Kaufmann NSDAP. (Präsident), Berking, bisher DNVP. (zur besonderen Verwendung), Prälat Sawatzki, Zentrum (zur besonderen Verwendung), v. Wnuck NSDAP. (Präsident des Volkstages), Greifer NSDAP. (Vizepräsident und Inneres).



Vom Opfergang der deutschen Jugend

Die Verse von Langemard

(M.P.) Am 24. Oktober 1914 fanden freiwillige Krankenträger vom Roten Kreuz auf dem Schlachtfeld von Langemard einen vom Wetter verwehten und halb aufgewickelten Zettel. Etwas war auf ihm geschrieben worden. Mit Blauschiffen, die der Herbstregen verweht hatte. Trotzdem ließ sich bei genauem Hinschauen noch erkennen, um was es sich handelte. Nach einiger Mühe konnte auch der Sinn des Geschriebenen festgestellt werden. Es war ein Gedicht. Verse, entstanden in jenen Stunden, da der gewaltige Schmetter über die Gefilde von Langemard und Bizchoote, von Poelcapelle und Douthult schritt und graulige Ernte unter der deutschen Jugend hielt. Ueber dem Gedicht stand nur „Langemard“. Es enthält die Stimmung, jenes gewaltigen Opferganges der deutschen Freiwilligen-Regimenter, es enthält den Willen und den Traum dieser 17- und 18-jährigen, für den sie mit dem Deutschland-Lied auf den Lippen den Tod verachten und ihn auf sich nahmen. Der Wille dieser Jugend war: Sieg! Eine andere Jugend hat in anderer Weise einen Sieg um Deutschland erfochten und erkämpft. Deutschland feiert seine jungen Menschen, diese jungen Menschen, mit dem Tag der Jugend. In ihn soll der Opfergang der Vorfahren dieser Jugend und ihrer Erblaffen nicht vergessen sein und nicht der Geist dieser Tage. Vergessen soll darum nicht sein das kleine, verwehte Gedicht des unbekanntenen Kämpfers von

Langemard

Ein weites Feld! — wohin das Auge blickt, Sieht's Gräben. — Einer hinterm anderen. Grundanker Himmel sprüht in feinen Nieseln Sein fröstelndes Raß auf uns herab Den Mantel dicht gefüllt um feste Glieder Die schmutz'ge Hand feilt ums Gewehr gekrampft So harren wir hier aus in Sturm und Tod Gewärtig nur des Rufes. Der auf den Feind uns wirft. Granaten bersten hinter uns und vorn, Schrapnell's geh'n plätschernd über uns hinweg Und sündend surren Flintenkugeln her Von Dräben, da der Feind kein Lager hat. Uns kümmerl's nicht! Wir harren aus! — Mag kommen was da will! Gerührt keh'n wir hier vor'm Tode Weil wir nicht anders können, anders wollen Und wissen, daß wir siegen, siegen, siegen . . .

Es ist eine letzte Botschaft eines deutschen Jungen von Langemard. Ein Schrapnell mag ihm den Griffel aus der Hand geschlagen haben, als er da im Nebensfeld vor den englischen Maschinengewehrnestern lag. Es ist aber noch mehr. Eine Botschaft der Jugend von 1914 an jene von 1933.

Warum feiern wir das Johannisfest?

In der Feier des Johannistages, die noch heute an vielen Orten, besonders in Dörfern und kleinen Städten Süd- und Mitteldeutschlands durch Abbrennen eines Johannisfeuers und manche sonstige volkstümliche Bräuche begangen wird, liegt bekanntermaßen wie bei manchen anderen christlichen Festen ein Rest alter, mit dem Jahreslauf zusammenhängender Festbräuche unseres Volkes vor. Die Germanen feierten, bevor bei ihnen die römische und christliche Kultur eingedrungen war, wie die anderen indogermanischen Völker den Sommeranfang und die Sommerformenwende; sie sprachen dabei Zauberprüche, um sich gegen drohende Gefahren wie Hagel und besonders Seuchen zu schützen, die in der Sommerhitze für Felder, Menschen und Vieh beschränkt wurden, und suchten durch das Abbrennen von Feuern sowohl böse Geister zu vertreiben wie den Segen des Sonnenscheins und der Sonnenwärme auf sich und ihre Felder herbeizuloden.

Dah mit diesem Feuer die Sonne gemeint war, geht deutlich daraus hervor, daß es in seiner Form, als Rad oder runde Scheibe, noch heute vielfach die Sonne darstellt. Kann somit über den Ursprung des Johannistages aus einem germanischen Sommer- und Sonnenwendfest kein Zweifel sein, so schließt es in seiner kirchlichen Bedeutung und Festsetzung doch noch manche Rätsel und Zweifelsfragen ein, die nach Beantwortung verlangen. Es kann zunächst auffallen, daß die christliche Kirche hier den Geburtstag eines Heiligen feiert, während sonst dessen Todestag gefeiert zu werden pflegt; man darf des weiteren fragen, warum gerade das Fest des heiligen Johannes, des Vorläufers Christi, an die Stelle des alten Sonnenwendfestes gesetzt wurde, warum dieses Fest auf den 24. Juni gelegt ist, während doch der höchste Stand der Sonne und damit auch der Beginn ihrer Wende am 21. Juni eintritt.

Auf diese Fragen hat der bekannte Vertreter der Volkskunde an der Heidelberger Hochschule, Ministerialrat Dr. Eugen Fehrle, in einer als 7. Heft der „Heimblätter des

Bezirksmuseums Buchen“ erschienenen Schrift: „Der Johannistag“ Antwort gegeben. Man muß nach den Darlegungen dieser Schrift das christliche Johannistfest gewissermaßen als das Gegenstück zum Weihnachtsfest verstehen. Das Christentum hatte den Geburtstag Christi auf den 25. Dezember festgelegt. Das geschah nicht zuletzt aus dem Grunde, weil auch der Geburtstag des persischen Sonnengoten Mithras, der in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung der stärkste Widersacher Christi war, gleichfalls am 25. Dezember gefeiert wurde und so demgegenüber betont werden sollte, daß nur in Christus das wahre Licht und die wahre Sonne der Welt erschienen sei. Nun war aber Johannes, der Vorläufer Christi, dem selbstverständlich gleichfalls ein Tag zur Feier gewidmet werden mußte, nach dem Lukasevangelium sechs Monate älter als Christus; also mußte er am 25. Juni geboren sein. Andererseits war durch den julianischen Kalender, der im christlichen Abendlande allgemeine Geltung erlangt hatte, der 24. Juni als der Tag der Sonnenwende festgelegt; es lag also nahe, das Fest des heiligen Johannes auf diesen Tag zu verlegen und so das Sonnenwendfest zu verchristlichen.

Auf diese Weise konnte man mit dem heidnischen Sonnenwendfest zugleich sinnvoll die Worte in Beziehung bringen, die der Täufer nach dem Johannisevangelium 3. 28 ff. zu den Juden sprach, die ihn über sein Verhältnis zu Jesus befragten. „Ich bin der Messias nicht, sondern ein Abgesandter, der ihm voraus geht. Der ist der Bräutigam, der die Braut hat; der Freund des Bräutigams aber, der dabei steht und auf ihn hört, freut sich herzlich der Stimme des Bräutigams. Jener muß wachsen, ich aber abnehmen.“ Mit diesem Wort des Evangeliums steht es in Uebereinstimmung und es ist wohl vor allem zu erklären, daß der Geburtstag Christi auf den Tag des Jahres gelegt wurde, an dem die Sonne wieder zu wachsen anfängt, der Geburtstag Johannes des Täufers aber auf den Tag verlegt wurde, an dem die Sonne wieder abzunehmen und ihre Kraft zu verlieren beginnt.

wiederum etwa 10 Personen zusammenkamen, tritt die Polizei ein und nahm diese in Schutzhaft. Der Zweck der Zusammenkünfte wird erforscht.

Singen a. S., 23. Juni. (Haushaltsplan.) Da die Stadt Singen ihren Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1933 nicht ausgleichen konnte, ordnete der Landeskommissar für das Kalenderjahr 1933 die Erhebung der Bürgersteuer mit 700 v. H. des Landeslotes an. Der dagegen vom Stadtrat erhobene Einspruch wurde vom Minister des Innern verworfen, dagegen der Anordnung des Landeskommissars die Staatsgenehmigung erteilt. Die Stadt Singen muß nun zu den bereits angeforderten 500 v. H. noch weitere 200 v. H. der Bürgersteuer nachträglich erheben.

Ortsheim (bei Staufen), 23. Juni. (Lebensmüde.) Ein in den 30er Jahren lebender verheirateter Landwirt machte hier seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Am Pfingstmontag hatte er 67 Jahre alter Landwirt seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht.

Die Sparkassen sind die Verwalter des wertvollsten deutschen Gutes

Auf der Verbandstagung der Bayerischen Sparkassen in München am 13. Juni 1933 hat der Bayerische Staatsminister Wagner die öffentlichen Sparkassen als die Verwalter des wertvollsten deutschen Gutes bezeichnet. Er hat weiter ausgeführt, daß die nationale Regierung es nicht dulden wird, daß an diesem wertvollen Bestandteil unseres Volksgutes gerüttelt wird.

Auch die Badische Regierung nimmt den gleichen Standpunkt ein. Den Badischen Sparkassen kommt in der nationalen Wirtschaft eine so wesentliche Bedeutung zu, daß es auch nicht aufgegeben werden kann, wenn durch Einziehung von Kommisaren Beunruhigung in die Bevölkerung hineingetragen wird.

Die Staatsaufsichtsbehörde der Sparkassen, das Badische Ministerium des Innern, hat verfügt, daß Uebergriffe unabhängiger Stellen gegenüber Sparkassen streng geahndet werden.

Wenn je aus bestimmten Gründen eine besondere Nachprüfung bei Sparkassen erforderlich erscheint, ist die Entscheidung hierüber nicht Sache irgendwelcher politischer Stellen oder Behörden; hierzu ist vielmehr ausschließlich die Revisionsinstanz des Badischen Sparkassenverbandes und die Dienstaufsichtsbehörde berufen. Die Regierung wird nicht zulassen, daß in den Geschäftsbetrieb der öffentlichen Sparkassen, zu denen die Bevölkerung volles Vertrauen hat, und denen beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft ein erheblicher Anteil zukommt, ohne zwingende Not irgendeine eingegriffen wird.

Entwicklung der Landhilfe

Im März d. J. wurde die Landhilfe als weitere Maßnahme im Rahmen der Arbeitsbeschaffung eingerichtet. Durch sie sollten hauptsächlich die Landwirte, deren Betriebe im wesentlichen auf die Familiengemeinschaft gegründet waren, in die Lage versetzt werden, zur Entlastung der Familienangehörigen arbeitslose Jugendliche bis zum 25. Lebensjahr als Helfer und Helferinnen einzustellen. Außerdem sollte diesen jugendlichen Arbeitslosen Gelegenheit gegeben werden, ihre drückenden Kräfte dem einzelnen Betrieb und durch dessen intensivere Wirtschaftung auch der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Die im Frühjahr eingeleiteten Maßnahmen haben in weitesten Kreisen der Bevölkerung gute Aufnahme gefunden. Wie immer bei Neuerungen hat es auch hier erster Priorität bedurft, weil sowohl auf Seiten der ländlichen Arbeitgeber als auch bei den arbeitslosen Jugendlichen Bedenken und Zurückhaltung gegenüber der neuen Einrichtung bestanden. Durch das einmütige und verständnisvolle Zusammenwirken der Arbeitsämter, denen die organisatorische Durchführung der Landhilfe übertragen wurde, mit den landwirtschaftlichen Fachorganisationen und den Gemeinden waren jedoch nach gründlicher Aufklärungsarbeit der Landwirte und der Arbeitslosen bald sichtbare Erfolge zu verzeichnen. Die zunächst langsame, aber später alle Erwartungen übertreffende Entwicklung wird am besten durch das Emporkommen der Beschäftigtenzahlen beleuchtet. Am 20. April 1933, nach etwa siebenwöchiger Anlaufzeit, betrug die Zahl der beschäftigten Landwirte im Reich des Landesamts für Südwestdeutschland 1077, davon 956 männliche und 121 weibliche. Am 15. Mai 1933 waren bereits 4719, davon 3906 männliche und 753 weibliche Landwirte untergebracht. Ihre Zahl dürfte nach vorläufigen Schätzungen augenblicklich insgesamt 7000 betragen.

Zum Hin und Her in der Frage des Staatssteuerns

Eine Nichtigstellung des Ministeriums des Kultus, des Unterrichts und der Justiz.

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: In einer Verlautbarung der Städtischen Pressestelle Mannheim wird u. a. behauptet, daß die Regierung bzw. das Ministerium des Kultus, des Unterrichts und der Justiz bezüglich einer Verlegung des Staatssteuerns Karlsruhe nach Mannheim einen bestimmten Plan propagiere. Diese Nachricht entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Verschiedene Zeitungen legen die Veröffentlichungen über diese Frage in letzter Zeit fort. U. a. erscheint dieser Tage in einer Zeitung ein längerer Artikel unter der Überschrift „Das Badische Staatssteuern“, der unterzeichnet ist von cand. ing. Friedrich Moser und in dem unter anderem behauptet wird, daß eine geplante „Protokollverammlung der Studentenschaft“ im Staatssteuern auf Wunsch des Ministers des Kultus und Unterrichts unterblieben sei. Dazu ist zu erklären:

1. Auf eine Anfrage des Direktors des Staatssteuerns hat der Referent des Staatssteuerns im Ministerium telefonisch mitgeteilt, daß eine Protokollverammlung völlig überflüssig sei. Darüber hinaus steht das Ministerium des Kultus, des Unterrichts und der Justiz auf dem Standpunkt, daß in einer solchen Frage schlechthin Protokollverammlungen nicht das geeignete Mittel sind, um Stellungnahmen zu äußern.

2. Die ausführlichen Darstellungen des cand. ing. Friedrich Moser über das Problem der Verlegung des Staatssteuerns von Karlsruhe nach Mannheim können sich also nicht auf eine Regierungsmaßnahme oder auf eine geplante Regierungsmaßnahme beziehen, sondern können nur als private Äußerung gewertet werden.

3. Es wird hiermit festgestellt, daß von Seiten des Ministeriums des Kultus, des Unterrichts und der Justiz weder ein bestimmter Plan gefaßt ist, noch ein bestimmter Plan propagiert wird, noch überhaupt in dieser Frage eine Stellungnahme in irgend einer Richtung erfolgt ist.

Alle in diesem Zusammenhang erschienenen Mitteilungen und Äußerungen über eine bestimmte Stellungnahme oder Maßnahmen des Ministeriums des Kultus, des Unterrichts und der Justiz sind frei erfunden. Demnach haben weitere Presseäußerungen in dieser Angelegenheit keinen Sinn.

Ein Frauenreferat im Innenministerium. Die Leiterin der NS.-Frauenkassen in Baden, Frau Scholz-Kliff, wurde als Ministerialreferentin für Frauenangelegenheiten in das Ministerium des Innern berufen.

Führeranordnung für sämtliche Reitervereine des Landesverbandes Baden

Karlsruhe, 23. Juni. Der Führer des Landesverbandes der Reit- und Fahrvereine Badens, Generalmajor a. D. Ullmann teilt mit:

Bezüglich der Aufstellung von SA-Reiterstürmen gelten folgende Richtlinien: Der Landesverband der Reit- und Fahrvereine Badens mit seinen 47 Vereinen, deren Chefreiter ich bin, bleibt behufs reittechnischer Ausbildung und aus pferdeärztlichen und wirtschaftlichen Gründen bestehen. Zum Referenten für Reit- und Fahrwesen bei der SA-Untergruppe Baden ist Major Bender in Kostart ernannt. Major Bender wird für jeden SA-Standartenbereich einen Referenten für Reit- und Fahrwesen ernennen, dessen Anordnungen bezüglich der Bildung von SA-Reiterstürmen Folge zu leisten ist. Sollten örtliche Unstimmigkeiten entstehen, so sind mir solche direkt zu melden.

Die Vereinigung der „Vierergang-Freunde“ hat beschlossen, in diesem Jahre drei Geldpreise in Höhe von je 1000 RM. für solche Landesverbände zur Verfügung zu stellen, die bei ihren Turnieren eine Einigungsprüfung für Vierpänner (oder Mehrpänner) ausgeschrieben und sich verpflichtet, diese Prüfung zu nennen: „Preis der Vereinigung der Vierergang-Freunde.“

Wetterbericht

Vorherlage für Freitag: Fortdauer der unbeständigen Witterung mit gelegentlichen Aufhellung, aber auch wiederholten, teilweise gewittrigen Niederschlägen. Tagestemperaturen um 15 Grad, schwache, meist südliche Winde.

Ausflüchten für Samstag: Noch Fortdauer der wechselhaften und unbeständigen Witterung.

Rheinwasserstand.

	22. 6. 33	21. 6. 33
Baldshut	420	368
Rheinfelden	372	339
Breisach	324	288
Rehl	380	376
Magen	595	581
Mannheim	498	480

Aus Baden und Nachbarstaaten

Mannheim, 23. Juni. (Freiwilliger Tod.) In der Nacht zum Dienstag hat sich ein in der Innenstadt wohnender 74 Jahre alter lediger Geschäftsmann vermutlich infolge allgemeiner wirtschaftlicher Notlage mit Leuchtgas ver Giftet.

Wiesloch, 23. Juni. Ein sensationeller Selbstmord hat am Donnerstag vormittag hier großes Aufsehen erregt. Der technische Direktor der Wieslocher Licht- und Kraftversorgung, der am Donnerstag vormittag in Schutzhaft genommen werden sollte, hat sich erschossen. Der Selbstmord des Direktors Schwebel steht im Zusammenhang mit gegen leitende Persönlichkeiten der Gesellschaft eingeleiteten Untersuchungen wegen finanzieller Machenschaften. Vor wenigen Tagen war bereits der kaufmännische Direktor Philipp von der Licht- und Kraftversorgung fruchtlos entlassen worden. Nach dem Selbstmord Schwebels wurde Direktor Philipp und der frühere Reichstagsabgeordnete des Landbundes Jullier in Mingsolheim in Schutzhaft genommen. Die genannte Kraftversorgungsgesellschaft steht mit 36 Gemeinden in Verbindung.

Heidelberg bei Buchen, 23. Juni. (Angefahren.) Die 73jährige Maria Knobig wollte die Gasse nach Haus treiben, dabei wurde das Kind von einem auswärtigen Auto so unglücklich angefahren, daß es mit einem schweren Schädelbruch in die Heidelberger Klinik verbracht werden mußte.

Buchen, 23. Juni. (Hagelschlag.) Am letzten Sonntag nachmittag ging über die ganze Gemarkung ein schweres Gewitter mit Hagelschlag nieder. Die Hagelkörner fielen so dicht, und in der Größe von Erbsen und Bohnen, daß in Büßlingen z. B. die ganze Dorfstraße innerhalb weniger Sekunden weiß überfegt war. Der etwa 7-8 Minuten dauernde Hagelschlag richtete an allen Getreidearten und Feldgewächsen, sowie an den Obstbäumen und Gärten unübersehbaren Schaden an.

Oberbergen a. R., 23. Juni. (Die Kirchengemeinde.) Die Kirchengemeinde in diesem Jahre hier sehr gut geraten, was man nach der Beschädigung der Bäume durch das vorjährige Hagelwetter nicht gehofft hatte. Der Behang der Bäume entspricht teilweise einer Reifenernte. Bis jetzt wurden für Kircheng 12-20 Pfg. bezahlt.

Schluchsee, 23. Juni. (Das neue Motorboot.) Das den Verkehrsdienst auf dem Schluchsee ausgenommen hat, ist auf der Werft von Lauf in Königswinter am Rhein erbaut worden. Es wird angetrieben durch einen Junkers-Rohölmotor, der es zu einer Geschwindigkeit von 18 km. in der Stunde befähigt und bietet 68 Personen Sitzplätze. Die Rundfahrt auf dem See nimmt etwa eine Stunde in Anspruch und bietet dem Fahrgast herrliche Ausblicke auf die Ufer des Sees mit seinen vielfältigen Buchten. Bisher sind drei Anlegeplätze errichtet und zwar bei Seebrugg, Schluchsee und Uha; eine weitere ist geplant bei der Staumauer bei Blasiwald.

Ottoschwanden, 23. Juni. (Blutige Eifersuchtstragödie.) Donnerstag früh erlösch der 21 Jahre alte Landwirt Ernst Brachmüller aus Ottoschwanden seine Geliebte, die 24 Jahre alte Witwe seiner Schwester aus Baldshut (Amt Emmendingen) unter der Tür ihres elterlichen Hofes. Nach der Tat stürzte Brachmüller in den Wald und erlösch sich selbst. Der Grund zur Tat ist in Eifersucht zu suchen.

Badenweiler, 23. Juni. (Schwerer Einbruch in ein Juweliergeschäft.) Für 12000 RM. Schmuckwaren entwendet.) In der Nacht zum Mittwoch wurde ein frecher Einbruch in das Juweliergeschäft Salomon in der Wandelhalle des Kurparks verübt. Dabei fielen den unbekanntem Tätern für rund 12000 RM. Schmuckwaren in die Hände. Die Einbrecher drangen auf der Rückseite der Wandelhalle durch ein Fenster in einen Blumenladen, der neben dem Juweliergeschäft liegt, ein. Von dort aus bohrten sie durch die Verbindungswand ein Loch, durch das sie dann in das Schmuckwergeschäft gelangten. Gendarmerie und der Freiburger Erkennungsdienst haben sofort die erforderlichen Ermittlungen angestellt, jedoch war bis jetzt noch keine Spur von den Tätern zu erhalten.

Gallingen, 23. Juni. (Beim Kirchengeschehen verunglückt.) Beim Kirchengeschehen stürzte am Mittwoch nachmittag der in den 30er Jahren lebende Landwirt Jakob Menadoff vom Baum und zog sich schwere innere Verletzungen zu, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten.

Weil am Rhein, 23. Juni. (Vermißt.) Ein hier wohnhafter, 50 Jahre alter Eisenbahnbeamter, der von seiner Frau getrennt lebt, wird seit etwa 8 Tagen vermißt. Er hat sich weder hier noch bei seiner Dienststelle abgemeldet, so daß angenommen werden muß, daß er umherirrt oder sich etwas zugefügt hat.

Säckingen, 23. Juni. (In Schutzhaft genommen.) Der Säckinger wurde bekannt, daß Mitglieder der KPD. von Säckingen und anderen Orten in einem Saale am Preiteweg Zusammenkünfte abhalten. Als am Montag abend

Aus Ettlingen-Stadt und Land Johannistag

Im Gefolge der sommerlichen Licht- und Sonnenwende steht der Johannistag (24. Juni), einer der volkstümlichsten Feiertage, wenn er auch heute nicht mehr geistlichen Charakter hat. Die alten Germanen begannen zur Zeit des Johannistages das Mittommerfest, an dem die Sonnenwende zum Himmel loderten. In die Stelle des Mittommerfestes lehte die Kirche schon in den ersten Jahrhunderten den Johannistag. Auch sein Kennzeichen ist das Feuer, das auf den Höhen flammt und um das die Jugend ihren Reigen tanzt: „Sankt Johannes die Sonne wend, Feuer rad berrunter rennt, Unglück dann zu Asche brennt!“ Noch klingt in diesen Worten ein Unterton von jenen Beschwörungen, mit denen unsere Vorfahren beim Sonnenwende, die dem Symbol des Lichtes und der guten Götter, Unheil und Unholten bannen wollten. Befehnis zum Licht sind auch unsere Johannistfeuer und nicht von ungefähr ist es meist die Jugend, die da die Holzstöße aufeinandergerichtet und die nächtliche Flamme entzündet, denn ihr bedeutet dieser alte Brauch ein Sichhinwenden zu allem Großen, Guten und Schönen, zu begeisterten Gedanken und Idealen.

In vielen Gegenden hat sich auch die Sitte des Johannistrunks erhalten, andere Bräuche sind inzwischen verschwunden, doch den schönen Brauch der Johannistfeuer wollen wir hochhalten. Steigen dann am Johannistag allüberall in unserem Vaterlande die Höhenfeuer zum Himmel, so mögen sich ein zukunftsgläubiges und frohgemutes Volk um sie scharen.

Willy Reichert

der beliebte Humorist, mit seiner großen Künstlerkraft, kommt!

Rafende Stunden! Was kann wohl in heutiger Zeit gesünder, wertvoller und empfehlenswerter sein, als nach dem grauen Miasma sich einige Stunden vor Lachen auszuschütten! Die erhellteste Gelegenheit hierzu wird die Veranstaltung bieten, die Willy Reichert mit seinem Künstlerensemble am Samstag, den 1. Juli, 20.15 Uhr, in der Festhalle gibt. Willy Reichert, schon der Name allein ist genügend, um jedem Besucher die Gewißheit zu verschaffen, daß hier herzlich gelacht werden muß. Der gesündeste, unverfälschteste schwäbische Humor! Aber nicht nur Willy Reichert allein, sondern auch sein Künstlerpersonal sowie die auserlesenen Solistenkräfte werden auf den verschiedenen Kunstgebieten das Beste geben. Der Willy-Reichert-Abend sollte keinesfalls veräußert werden, zumal die Eintrittspreise auf das Billigste festgesetzt sind. Näheres wird noch bekanntgegeben. Der Vorverkauf ist eingerichtet bei Buchhandlung Julius Schmitt, Tel. 104.

Samstag - Auf dem Wasen

Im Dienste des Roten Kreuzes.

Turn- und Sportverein Spinnerei - DSK, Ettlingen.

Als vor wenigen Wochen der Männerhilfsverein an die hiesigen Sportvereine heraustrat, am Rotenkreuztag, den 11. Juni ds. Js. zu Gunsten des Hilfswertes vom Roten Kreuz ein Fußballspiel anzutragen, ließ sich dies leider nicht mehr ausführen, da die Mannschaften anderweitig verhindert waren. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. In der Zwischenzeit hat sich die DSK, nach einer zugkräftigen Mannschaft umgeben und diese im Turn- und Sportverein Ettlingen-Spinnerei gefunden. Wir dürfen heute schon versichern, beide Mannschaften treten mit den besten Kräften an, um wenigstens ehrenvoll zu bestehen. Die DSK-Gist ist ja dem rein Ettlinger Publikum bekannt. Was uns die Spinnerei-Gist bringt, dürfen wir nicht unterschätzen, zumal die Mannschaft durch Trainingsmöglichkeit in der „Wilschelmshöhe“ und Spielmaterial eine starke Waffe bildet. Hoffen wir, daß es ein gutes, echtes und faires Spiel gibt und hierfür bürgen die Vereinsleitungen, daß Disziplin erster Punkt auf dem Sportplatz ist. Vorher sehen wir die Reserven beider Vereine, die nichts unversucht lassen, ein gutes Spiel zu zeigen. Die Kleinsten der Kleinen werden wohl mit einem „finestreichen“ Spiel aufwarten und den Großen mit gutem Beispiel vorangehen.

Es steht also ein hochinteressanter Samstag bevor, der einen Massenbesuch verdient, zumal die Einnahmen für einen guten Zweck bestimmt sind. Hoffentlich macht das mütterliche Wetter keinen Strich durch die Rechnung und auch die sogenannten Jaurgäste dürfen sich etwas näher dem Spielfelde wagen. Der Eintrittspreis beträgt der Zeit entsprechend 20 Pf.

Verhaftung. In Bruchhausen wurde gestern ein junger Mann festgenommen, der seinem Pflegevater Sparblicher entwendete und damit Geld von den Kassen abhob. Dieser dankbare Pflegevater wurde nach Karlsruhe in das Untersuchungsgefängnis verbracht.

Vom Reichsbahnhof. In den Wiedersehensfeiern in Mainz, Wiesbaden und Darmstadt werden an die Teilnehmer Sonntagskarten mit erweiterter Geltungsdauer vom Freitag, den 30. Juni, 12 Uhr, bis Montag, den 3. Juli, ausgegeben. Die Karten nach Mainz, die auch an jedermann ausgegeben werden, gelten sogar bis Dienstag, den 4. Juli. Für die Teilnehmer am Verbandstag badischer Baanemeister, der vom 1. bis 3. Juli in Staufen stattfindet, werden gegen Vorlage der Teilnehmerskarte Sonntagskarten zum Preis von 8,30 RM. ausgegeben, die für die ganze Tagungsdauer gelten. Der Spätzug nach dem Oberland - Karlsruhe ab 23.10. Ettlingen an 23.10 - wartet auf die Reisenden des Badischen Staatstheaters bis spätestens 23.25 Uhr, falls sich das Ende der Vorstellungen verzögert.

Polizeistunde für Eisdielen und Trinkhallen. Seit einigen Jahren ist besonders während der warmen Jahreszeit ein hartes Ueberhandnehmen der sog. Eisdielen und Speiseiswirtschäften festzustellen. Da für ein Offenhalten dieser Betriebe bis zum Eintritt der allgemeinen Polizeistunde ein Bedürfnis nicht anerkannt werden kann, hat sich der Minister des Innern veranlaßt gesehen, die Polizeistunde für Eisdielen auf abends 10 Uhr festzusetzen. Aus den gleichen Gründen wurde die Polizeistunde auch für Trinkhallen (Sodawasserhäuschen, Verkaufsbuden) mit Ausschanklaubnis auf einen früheren Zeitpunkt, nämlich in der Zeit vom 1. April bis einschließlich 30. September auf 10 Uhr und im übrigen auf 8 Uhr abends festgelegt.

Schulveranstaltungen am Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Diktates. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Unterrichtsminister hat angeordnet, daß am 28. Juni dem Tag der Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Diktates in der letzten Vormittagsstunde in allen Schulen des Landes der Bedeutung dieses Tages in angemessener Form gedacht wird.

Von der evangelischen Landesynode. Die nächste Sitzung der evangelischen Landesynode findet am Freitag vormittag 9 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen der Landeskirchenratvorschlag und der Hauptbericht. Die Wahl des Landesbischofs wird am Samstag erfolgen.

Gründungsversammlung des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststättengewerbes für den Gau Baden

Gustav Schueker, Baden-Baden, zum Gauleiter berufen.

In Dissenburg fand am Mittwoch die Gründungsversammlung des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststättengewerbes für den Gau 12 (Baden) unter außerordentlich harter Beteiligung der Vertreter des ganzen badischen Landes statt. Der kommissarische Leiter, Erich Müller-Mainz, begrüßte die Anwesenden im Auftrag der Reichsleitung. Er hob auf die große Bedeutung des Gaststättengewerbes für unser Land ab und teilte mit, daß unser Reichskanzler Adolf Hitler die Schirmherrschaft des RGV übernommen habe.

Oberbürgermeister Hoffer überbrachte anschließend die Grüße der Stadt, des Landrats und des Ministers des Innern. Die Grüße und Wünsche des badischen Wirtschaftskommissars übermittelte Dr. Niede-Karlsruhe. Ihm schloß sich der badische Kommissar für das Fremdenverkehrswesen, Hotelier Fritz Gabler, Heidelberg, mit einem längeren Referat an. Nachdem der Redner der badischen Regierung für das Verständnis, das sie den Bedürfnissen und Werten des Fremdenverkehrs entgegenbringe, gedankt hatte, forderte er von der Reichsregierung billigeres Geld, eine Entschuldungsaktion, Aufhebung der Genesungs- und Erholungsheime von Verbänden, Verbot der privaten Zimmervermietung und entsprechende Regelung dieser Fragen im Gaststättengesetz.

Als letzter Redner sprach Reichsgeschäftsführer Geishard Berlin, über Bedeutung und Arbeiten des RGV. Darin führte er aus, daß die Gründung eine Vorarbeit zum Ständeparlament bilde. Die Lustbarkeits-, Gemeindefeier- und Getränkesteuer würden aufgehoben, dafür aber die Warenhäuser und Filialen härter versteuert werden. Auch das Entschuldungsproblem sei bereits in Bearbeitung. Eine Regelung in der Familienfrage mit den Kompositenverbänden, sowie eine Neuordnung für Genesungsheime und der Konzessionen für Wirtschaften sei vorgegeben.

Den Reden schloß sich die feierliche Verpflichtung der für den Verband des Gaststättengewerbes von der Reichsleitung ernannten Führer an. In der Spitze steht Hotelier Gustav Schueker, Baden-Baden, als Gauleiter. Ihm wurden die Herren Hotelier Willi Schwaner, Bruchsal und Hotelier Fritz Gabler, Heidelberg, zur Seite gestellt. Herr Knodel, Karlsruhe, wurde zum Geschäftsführer ernannt. Der Vorstand wurde durch Vertreter der verschiedenen Teile des badischen Landes vervollständigt und bietet so die Gewähr, daß bei den kommenden Maßnahmen die besonderen Ansprüche und Möglichkeiten eines jeden Landtriches berücksichtigt werden.

Mit einer Ansprache Herrn Knodels wurde die bedeutungsvolle Versammlung geschlossen.

Die Badische Regierung kauft Gemälde notleidender Künstler

Karlsruhe, 22. Juni. Am Vorschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts sind Mittel zur Unterstützung notleidender badischer Künstler bewilligt worden. Die Anläufe erfolgen in der Weise, daß eine Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz des Herrn Ministerialreferenten im Kultusministerium, Dr. Mal, eine Auswahl trifft. Bei der die sozialen Verhältnisse der Künstler besonders berücksichtigt werden.

Am Dienstag nahm Minister Dr. Wacker in Begleitung des Ministerialreferenten, Oberregierungsrat Dr. Mal Gelegenheit, die „Ständige Ausstellung“ in Baden-Baden zu besichtigen. Bei diesem Anlaß wurden Werke folgender badischer Künstler und Künstlerinnen für den badischen Staat gekauft:

Friedrich Barth, Heinrich Böhler, A. Engelhard, Pr. I. Robert Engelhorn, Th. Eber, Heinrich Franz, Otto Gräber, Willy Henselmann, Frieda Kniepp, August Kutterer, Otto Raible, Bildhauer Seckinger.

Der Minister traf die Auswahl mit größter Sorgfalt und selbstverständlich unter Ausschaltung jeder persönlichen Voreingenommenheit. Die Namen der Künstler, deren Werke angekauft wurden, sind deshalb von Minister Dr. Wacker erst nach vollzogener Auswahl zur Kenntnis genommen worden.

Die Anläufe sollen auf der Herbstausstellung im Kunstausstellungsgebäude Baden-Baden, die am 15. Juli d. J. eröffnet werden wird, ihre Fortsetzung finden.

Um unseren Lesern entgegenzukommen, haben wir uns entschlossen, neben der Ganzleinenausgabe von dem mit großer Begeisterung aufgenommenen Roman

O Straßburg

ein fröhlicher Militär-Roman aus der Vorkriegszeit von Anton Schwab

auch eine geheftete Ausgabe herauszubringen, die wir abgeben zum Preise von nur

70 Pig.

Bestellen Sie deshalb bitte sofort bei unserer Geschäftsstelle, durch Boten, oder durch die Post

Exemplare in Ganzleinen geb. à Mk 3.—
Exemplare geheftet à Mk. -70

Wohnort und Straße

Unterschrift

Aus der Pfalz

Ludwigshafen, 23. Juni. (Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Fuhrwerk.) In den Abendstunden des Mittwoch wurde ein Zweifachser samt Fuhrwerk zwischen Mundenheim, Gartenstadt, Hochfeld und Maudach bei dem Versuch, kurz vor dem Gefäßzug Mundenheim-Metternheim das Lokalbahngleis zu kreuzen, von der Lokomotive angefahren. Das Fuhrwerk wurde stark beschädigt. Fenster und Gespann blieben unversehrt. Der Fuhrwerkseiter hat die Warnungssignale des Zuges nicht beachtet.

Freinsheim, 23. Juni. (Eh-Führer verlegt.) Der Landwirt Emil Selzer geriet mit dem höchsten Eh-Führer Max Bauer in einen Wortstreit, in dessen Verlauf Selzer zum Messer griff und seinem Gegner mehrere Stiche beibrachte. Selzer wurde noch in der Nacht zum Donnerstag festgenommen.

Gerichtssaal

Schöffengerichtssitzung

in Ettlingen am Donnerstag, den 22. Juni 1933

Vorsitzender Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller

Um 8 1/2 Uhr trat das Schöffengericht zu einer Verhandlung wegen Betrugs im Rückfall zusammen. Angeklagt war Heinrich Siegfried Bauer aus Ettlingen. Er hatte im Jahre 1932 als Provisionsvertreter für die Zweckparasse „Victoria“ in Ludwigshafen Geldvermittlungen in Ettlingen und Umgebung angebahnt. In der Anlage wird B. vorgehalten, daß er bei Abschluß von Sparverträgen den Leuten nicht genügende Aufklärung gegeben habe und sie dadurch irreführte. Bei den sogenannten Sparverträgen handelte es sich um Unternehmen, welche die durch die Sparer einbehaltenen Gelder wieder nach anderer Seite zur Auszahlung der Vertragssummen verwenden. Die 14 geladenen Zeugen fühlten sich deshalb betrogen, da sie alle noch keinen Pfennig auszubehalten erhalten haben, währenddem ihnen bei Abschluß des Vertrages und Bezahlung der erforderlichen 15prozentigen Tilgungssumme, die am Darlehensvertrag in Abrechnung gebracht wird, erklärt worden sein soll, sie bekommen das Geld in 4 bis 7 Wochen, teilweise sogar noch früher zur Gründung eines Geschäftes, Ablösung einer Zwanagsverfängerung usw. Der verschiedentlich vorbestrafte Direktor Mannesmann — wie sich erst nachträglich herausgestellt habe — hat sich öfters in Ettlingen aufgehalten und mit dem Angeklagten die „Kundschaft“ besucht. Von diesem Direktor entrollte sich für die Sparer ein sehr mißliches und betrügerisches Bild, denn er hat viel Geld für undurchsichtige Zwecke für sich verbraucht und verpraselt. B. hat in herediten, Vertrauen erweckenden Worten verstanden, die Leute zu gewinnen. Er will bei Abschluß der Verträge auch darauf hingewiesen haben, daß die Ausbezahlung der Vertragsgelder erst erfolgen könne, wenn das Los auf sie entfällt, bzw. wenn Gelder dafür vorhanden sind. Diese Klausel ist auch in den Verträgen kleingedruckt angebracht. Sämtliche Zeugen erklärten aber, daß sie unter solchen Bedingungen keinen Vertrag abgeschlossen hätten. Die Leute haben teilweise sogar noch Geld aufgenommen, um den verlasteten 15prozentigen Anteil bezahlen zu können, um so recht bald in den Besitz des Geldes zu kommen, das mit 2 Prozent verzinst werden sollte. Auf verschiedene Schreiben, sogar direkt an die bekannten Geldgeber in Ludwigshafen, meinstens die einbezählten Beträge zurückzuverlangen, ist weder eine Antwort noch das Geld gekommen und auch eine Auszahlung des Darlehensbetrages bis jetzt noch nicht erfolgt.

Vom Angeklagten wird erwähnt, daß die Zweckparassen unter Reichsaufsicht stehen und Prüfungen für geordnete Geschäftsführung ergeben haben, so daß die Sparer heute noch nicht von einem Betrug sprechen könnten.

Nach Wiederaufnahme der über Maria unterbrochenen Sitzung ergriff der Staatsanwalt das Wort. Dem Angeklagten müsse bekannt gewesen sein, daß die Kasse ohne jede Vermittel (Kapital) gearbeitet habe, demnach bestimmte Zahlungsversprechen nicht gegeben werden konnten. Mit der Einbezahlung von 5 Prozent bzw. 10 Prozent von dem abgeschlossenen Vertrag habe man nach Ablauf der vorbestimmten Wartezeit Anwartschaft und somit das Recht auf Erstattung des abgeschlossenen Vertrages gehabt. Die Leute sind darin getäuscht worden, weil ihnen unwahre Angaben gemacht wurden. Mit Rücksicht, daß es sich bei dem Angeklagten um Rückfall handele, beantrage er daher die ganz empfindlich hohe Strafe.

Der Angeklagte B. gibt in seiner Verteidigungsrede zu, einige Unrichtigkeiten begangen zu haben und bittet um eine milde Strafbemessung. Es habe nicht in seiner Absicht gelegen, jemand zu betrügen.

Das Gericht sprach eine Strafe von 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis aus wegen Betrugs im Rückfall. Dem Angeklagten sei es bekannt gewesen, auf welcher Grundlage das Unternehmen aufgebaut sei, er hätte deshalb die Leute richtig aufklären müssen. Allerdings würde er in diesem Falle viel weniger Aufträge gemacht und damit weniger Provision bekommen haben. Da er die Sache bei Abschluß der Aufträge verschleierte und sich mit Unwahrheiten bediente, habe, mache er sich des Betrugs schuldig. Es erwecke den Anschein, daß er mit dem Direktor Mannesmann unter einer Decke gesteckt habe. Er müsse daher nach § 268 wegen fortgesetzten Betruges bestraft werden, wobei ihm verschiedene mildernde Umstände zugestanden worden seien. Außerdem erkannte das Gericht auf sofortigen Haftbefehl, da der Angeklagte für fluchtverdächtig gehalten werde.

Aus Baden-Baden

Baden-Baden, 22. Juni. In der vergangenen Nacht wurde in das Café Jabler in der Lichtentaler Straße ein Einbruch verübt, bei dem der Wirtinshalt der Kasse sowie eine Sammelbüchse entwendet wurde. — Autounfall. Gestern abend gegen 21 Uhr stießen zwei Autos an der Ecke Vertholdstraße und Maria-Viktoria-Straße zusammen. Beide Wagen wurden stark beschädigt. Personen nicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

+ Autounfall. Mittwochnachmittag gegen 21 Uhr stießen zwei Autos an der Ecke Vertholdstraße - Maria-Viktoriastraße zusammen. Beide Wagen wurden stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.